

„Wahlen der Angst“ in Mexiko ? – Gouverneurskandidat ermordet

Der Mord am Gouverneurskandidaten der PRI im nordöstlichen Bundesstaat Tamaulipas, Rodolfo Torre Cantú, und vier seiner Begleiter erschüttert Mexiko. Fünf Tage bevor Regionalwahlen in 14 Bundesstaaten des Landes stattfinden, spricht nicht nur die Zeitung *El Universal* von „Wahlen der Angst“. Gleichzeitig schieben sich die Parteien gegenseitig Verantwortung für ein „seltsames“ Wahlklima zu – Betrugsvorwürfe inklusive.

Kurz vor den auch für den weiteren Weg zu den Präsidentschaftswahlen 2012 als entscheidend angesehenen regionalen Urnengängen in fast der Hälfte der mexikanischen Bundesstaaten steht das politische Mexiko unter Schock. Grund dafür ist der Mord am Kandidaten der Koalition PRI/PVEM/*Nueva Alianza* für das Gouverneursamt im nordöstlichen Bundesstaat Tamaulipas, Rodolfo Torre Cantú und vier seiner Begleiter. Vier weitere Personen wurden schwer verletzt und liegen unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen im Krankenhaus. Ein Kommando stoppte den aus zwei Fahrzeugen bestehenden Konvoi Torres auf dem Weg von Ciudad Victoria zum örtlichen Flughafen und ermordete die Insassen. Der Kandidat wollte nach Matamoros, wo die Abschlusskundgebung seiner Kampagne geplant war.

Nach der Ermordung des Präsidentschaftskandidaten der PRI Luis Donaldo Colosio im Jahr 1994 ist hier nun der hochrangigste mexikanische Politiker seitdem einem Gewaltverbrechen zum Opfer gefallen. Torres waren in Umfragen beste Aussichten auf einen Wahlerfolg eingeräumt worden. Laut einer Umfrage in *Milenio* vom 22. Juni wollten 48,8 Prozent der Befragten für den PRI-Mann Rodolfo Torre stimmen, 13,9 Prozent

für José Sacramento (PAN) und 2,5 Prozent für Julio Almanza (PRD).

Schon länger Klima der Gewalt

Uneinholbar sah dieser Vorsprung der PRI in Tamaulipas aus, wo sich schon vor dem Anschlag speziell die PAN-Kandidaten über massive Bedrohungen seitens des organisierten Verbrechens beklagten und mit einem ermordeten Bürgermeisterkandidaten auch die entsprechende Evidenz vorwiesen: am 13. Mai war José Mario Guajardo Alejo, Aspirant auf das Spitzenamt in der Gemeinde Valle Hermosa, zusammen mit seinem Sohn und einem weiteren Begleiter erschossen worden. PAN und PRI hatten zudem „aus Sicherheitsgründen“ darauf verzichtet, interne Vorwahlen in Tamaulipas abzuhalten.

In drei wichtigen Gemeinden – Ciudad Mier, Ciudad Guerrero und Miguel Aleman - verzichtete die PAN schließlich ganz auf eine Kandidatenaufstellung, ähnlich verfuhr die PRD. „Dies sind Regionen ohne Gesetz, hier hat sich die Macht des organisierten Verbrechens durchgesetzt“, sagt Raymundo Ramos, Vorsitzender des Menschenrechtskomitees von Nuevo Laredo und rechnet laut *El Universal* (29.6.2010) für Tamaulipas mit einer Wahlbeteiligung von rund 30 Prozent. Die regionale Wahlbehörde versprach gleichwohl die Garantie eines ruhigen Wahltages.

Präsident Felipe Calderón sagte unmittelbar nach Bekanntwerden des Mordes alle Termine des Tages ab und kam mit seinem Sicherheitskabinett zusammen und kündigte den ununterbrochenen Kampf gegen das organisierte Verbrechen an. Dazu bedürfte

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

29. Juni 2010

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

es abgestimmter Aktionen aller Gewalten und Gebietskörperschaften. Alle Parteien stellten in Tamaulipas umgehend den Wahlkampf ein.

Anderswo gingen gegenseitige Beschuldigungen allerdings sofort in die nächste Runde: der PRI-Kandidat für die Gouverneurswahl in Oaxaca machte Präsident Calderón „als Kopf dieser unfähigen Regierung“ dafür verantwortlich, „die Sicherheit von niemanden in diesem Lande garantieren zu können“. Adriana Dávila, Kandidatin der PAN für das gleiche Amt in Tlaxcala, sagte nach Zeitungsberichten, das „Wohlwollen der PRI gegenüber dem organisierten Verbrechen“ sei verantwortlich für den Tod Torres. An dieser „Komplizenschaft“ habe sich nichts geändert.

Wahlvoraussetzungen gegeben?

Innerhalb von 48 Stunden muss die PRI nun laut Landeswahlgesetz einen Ersatzkandidaten benennen und kündigte auch an, genau dies zu tun. Gemeinsam mit anderen Stimmen betonte sie, man werde sich von Aktionen des organisierten Verbrechens nicht einschüchtern lassen.

Nicht nur in den Medien allerdings fragen sich viele Beobachter, ob – und das nicht nur in Tamaulipas – die Voraussetzungen für freie Wahlen bestehen. Auf Seite 1 sprach der Leitartikler der Zeitung *Reforma* von einem „nationalen Notstand“ und folgte dramatisch: „Wenn die Wahlen dieses Jahres das Vorspiel zur Wahl 2012 sind und die Tendenzen nicht umgekehrt werden, bestehen in Mexiko keine Voraussetzungen für die Organisation der nächsten Präsidentschaftswahl.“ Das organisierte Verbrechen habe bereits gewählt und setze seinen Willen mit Gewalt durch. Es bestehe vielerorts eine Komplizenschaft zwischen Politik und Verbrechen, „schmutziges Geld“ habe Wahlkampagnen nachhaltig infiltriert. 12.000 Bürger von Tamaulipas sollen sich mittlerweile geweigert haben, als Wahlhelfer zur Verfügung zu stehen.

Der angesehene Publizist Miguel Angel Granados Chapa bescheinigte Tamaulipas, „nicht regierbar“ zu sein. Die Wahlen müss-

ten verschoben werden. Die Bürger hätten sonst nämlich nur zwei Tage Zeit, nun einen neuen PRI-Kandidaten kennenzulernen – und auch dessen Wahl sei sicher nicht frei von Einflüssen derer, die für den Mord an Torre Cantú verantwortlich seien. Eine Verbindung von „Internas“ der PRI mit dem Verbrechen dürfe zudem nicht von vorn herein ausgeschlossen werden. „Seit Jahren“, so auch Ricardo Alemán, hätten Parteien, ihre Führer und die Regionalregierung die Bedrohung – ebenso wie in Chihuahua, Sinaloa, Durango und Michoacan – nicht Ernst genommen, nun „regiert das Verbrechen.“

Sein Kollege Sergio Sarmiento wandte sich parallel dagegen, die Gewalt in Mexiko weiter herunterzuspielen. Bis zum 25. Juni habe die Zeitung *Reforma* bereits 5478 Morde im Zusammenhang mit dem organisierten Verbrechen im laufenden Jahr gezählt, im ganzen Vorjahr waren es 6587. Viele Lokaljournalisten gäben Nachrichten über solche Morde bereits gar nicht mehr an die nationalen Medien weiter: gerade in Tamaulipas regiere „ein Schweigen aus Angst“. Auf die Bundesstaaten Chihuahua, Sinaloa, Tamaulipas und Durango – alle vier wählen am 4. Juli ihre Gouverneure, Landesparlamente und Bürgermeister neu – entfallen allein mehr als die Hälfte der genannten Morde in 2010.

„Narcostaat“ Tamaulipas?

Tamaulipas ist in der Tat einer der Bundesstaaten, wo die Verwicklung des organisierten Verbrechens in die Politik schon in der Vergangenheit am augenfälligsten war. Kein Wunder, das jetzt zahlreiche Gemeinden ohne Bürgermeisterkandidaten verblieben. Speziell die Städte Reynosa, Matamoros und die Hafen- und Ölmetropole Tampico gerieten immer wieder in die Schlagzeilen. Unmittelbar nach dem Anschlag schrieben dann auch die „gewöhnlich gut unterrichteten Kreise“ den Mord dem Kampf verschiedener Drogenkartelle um die Vormacht in Tamaulipas zu. So soll Torre Cantú in den zurückliegenden Wochen verschiedene Morddrohungen erhalten haben. Eine Spur führt offenbar zu den *Zetas*, die vor allem als „bewaffneter Arm“ des Golfkartells gal-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

29. Juni 2010

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

ten, das im Bundesstaat als dominant gilt – nun aber dort von diesem abgespalten zu sein scheinen.

Die Macht des Golfkartells und sein Aufstieg in Tamaulipas unter seinem Anführer Osiel Cárdenas Guillén wird immer wieder in Zusammenhang mit der Regierungszeit des PRI-Gouverneurs Tomás Yarrington Ruvalcaba gebracht, der das Amt 2004 an den jetzigen Gouverneur Eugenio Hernández Flores weitergab und – wie schon bei dieser Gelegenheit – eine wesentliche Rolle bei der Kandidatenauswahl von Rodolfo Torre Cantú gespielt haben soll. Von Seiten der PAN und der Linksparteien war immer wieder eine Verbindung zwischen Landesregierung und Golfkartell angeprangert worden – allerdings ohne juristische Konsequenzen.

Berichte der US-amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde DEA zeigen bereits seit geraumer Zeit neue Ambitionen der *Zetas* und ihre Konfrontation mit dem Golfkartell. Laut Meliton A. Rodriguez, Spezialagent der DEA für den Raum zwischen Texas und dem Norden von Tamaulipas, hat die Mörderbande „alle Infrastruktur, um selbst ein Kartell zu werden, allerdings ein im Vergleich zu den anderen noch gefährlicheres und blutrünstigeres.“ (*Proceso*, 18.5.2008) Laut Antonio O. Ávila sind die *Zetas* „die bestausgebildeten Mörder Mexikos“ (*El País*, 23.5.2008). Auf ihr Konto gehen auch die grausamsten Gewalttaten, inklusive der Enthauptung ihrer Opfer und der Auslöschung ganzer Familien.

„Wettbewerber“ der *Zetas* und des Golfkartells ist in Tamaulipas vor allem das Kartell von Sinaloa des *Chapo* Guzman - mittlerweile aber scheint es neue Allianzen zu geben, vor allem gegen die *Zetas*. Nicht umsonst wurden im Verlauf des Jahres bereits 331 im Bundesstaat gemeldet, die im Zusammenhang mit dem organisierten Verbrechen stehen sollen. Im gesamten Jahr 2009 waren es 49.

Mit ermordeten Kandidaten steht Tamaulipas allerdings nicht allein. Auch aus den Bundesstaaten Chihuahua, Sinaloa, Durango, Veracruz und Zacatecas werden Morde und Attentate gemeldet, zum Teil gegen

Familienmitglieder von Kandidaten und Angehörige der Kampagnenteams. Dies hat auch dort dazu geführt, dass Parteien in zahlreichen Gemeinden keine Kandidaten aufgestellt haben.

Mit der Ermordung Torres hat das organisierte Verbrechen einmal mehr seinen Anspruch deutlich gemacht, darüber zu entscheiden, wer in Mexiko gewählt werden kann und wer nicht. Gleichzeitig führte es dem Staat seine Ohnmacht vor Augen, selbst wichtigste politische Akteure wirkungsvoll zu schützen.

Regierung unter Druck

Unter der sichtbaren Gewalt leidet immer mehr auch das Ansehen des Präsidenten Felipe Calderón. Auf einer Skala von 1 bis 10 – letztere ist dabei die Bestnote – erhält der Präsident von seinen Bürgern laut einer Umfrage der Zeitung *Reforma* vom 1. Juni derzeit eine 6,4, von der Führungselite des Landes allerdings nur eine 5,2. Die Wirtschaftspolitik, die Korruption und die Arbeitslosigkeit schlagen zusätzlich negativ zu buche. Erschreckend aber, dass beide Befragtengruppen mittlerweile glauben, das organisierte Verbrechen gewinne den Drogenkrieg: 58 Prozent der Gesamtbevölkerung und sogar 61 Prozent der Führungskräfte sehen dies so. 78 Prozent schreiben das Negativeimage des eigenen Landes dabei der Tatsache zu, dass es „sehr gefährlich“ geworden sei. Mit weitem Vorsprung wird nach dieser Umfrage die Kriminalität als das größte derzeitige Problem Mexikos angesehen.

In einer parallel veröffentlichten Umfrage der Zeitung *El Universal* (7. Juni 2010) kam Calderón sogar nur auf die Note 6 Zustimmung (41,2 Prozent) und Ablehnung (36,8 Prozent) seiner Politik hielten sich dabei fast die Waage. 68,6 Prozent der Befragten gaben an, die Lage Mexikos habe sich im zurückliegenden Jahr verschlechtert. 61,3 sagten, sie hätten kein oder wenig Vertrauen darin, das der Präsident das Land aus der Krise führen könne.

„Seltsames“ Wahlkampfklima

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

29. Juni 2010

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

Abseits der Gewaltdebatte und des Einflusses der organisierten Kriminalität haben Regierung und Parteien im zurückliegenden Wahlkampf nicht eben einen Beitrag dazu geleistet, die arg politikverdrossene Bevölkerung mit deren Akteuren zu versöhnen. Vielleicht steht einfach zu viel auf dem Spiel.

Die bevorstehenden Regionalwahlen haben aufgrund des Einflusses der Gouverneure und ihrer Macht für künftige Weichenstellungen längst nationale Bedeutung. „Es hat sich ein quasi-feudales Design etabliert, dass die vormalige Präsidentenmacht den regionalen Mandatsträgern vererbt hat“, schreibt etwa *Seminario Politico* (25.6.2010) und fährt fort: „Heute werden die Gouverneure nicht mehr vom Präsidenten eingesetzt, sondern von ihren Vorgängern.“

Verschiedene Beobachter sahen daher von Anfang an auch Präsident Felipe Calderón selbst direkt involviert in die Wahlauseinandersetzung, nicht zuletzt, um einen gewissen Einfluss auf seine eigene Nachfolge zu behalten. Bestätigt sehen sie sich durch die Entscheidung Mitte Juni, die nationale Kraftfahrzeugsteuer für Neuwagen abzuschaffen und es künftig den Bundesstaaten zu überlassen, eine solche zu erheben. Der Präsident kann sich immerhin zu Gute halten, dass er damit eines seiner Wahlversprechen aus dem Jahr 2006 erfüllt.

Auch seine Partei ist aufs Höchste alarmiert, befürchtet sie doch bei einem flächendeckenden PRI-Sieg am 4. Juli einen Wettbewerbsnachteil für 2012, der sich nicht mehr aufholen lässt. Hier sind sich übrigens PAN und die Linkspartei PRD einig, was in zahlreichen Bundesstaaten zu „unnatürlichen“ Wahlallianzen geführt hat. Diese stoßen auf massive Vermittlungsprobleme gerade bei den eigenen Stammwählern.

Für den PAN-Vorsitzenden César Nava – er kämpft zudem um das eigene politische Überleben und seine Wiederwahl im Spätherbst – ist die Sache klar: Die Herausforderung für seine Partei am 4. Juli bestehe darin, die Gouverneure der PRI zu besiegen, wolle man im Jahr 2012 die dritte konseku-

tive Präsidentschaft für die PAN erobern. Vor dem Parteirat der PAN bezeichnete der Parteivorsitzende diese Wahlen dramatisch als eine Auseinandersetzung zwischen „dem Mexiko, das noch nicht geboren ist und dem, das sich weigert zu sterben.“

Unterirdischer Wahlkampfstil

Reich ist der laufende Wahlkampf – die schon zitierte Auseinandersetzung um die Verantwortung für die Ermordung von Rodolfo Torre Cantú zeigt dies zusätzlich – an gegenseitigen Anschuldigungen zwischen Kandidaten und Parteien. Die Wahrscheinlichkeit, dass zahlreiche Wahlen letztlich wieder vor dem Obersten Wahlgericht landen, ist erheblich. Große Bevölkerungsteile in verschiedenen Bundesstaaten glauben zudem an die Wahrscheinlichkeit von Wahlbetrug.

Eine seltsame Rolle haben dabei während des ganzen Wahlkampfes Umfragen gespielt, mit teilweise abstrus anmutenden Abweichungen voneinander, die nur mit politischen Intentionen der Institute erklärt werden können. Immer wieder versuchten auch die Parteien – teils mit ganzseitigen Anzeigen – für sie günstig erscheinende Umfragewerte unters Wahlvolk zu bringen bzw. anderslautenden Umfrageergebnisse zu konterkarieren.

Dies hat vor allem für Verwirrung gesorgt – und für einen Prestigeverlust der Beteiligten. Gerade für den Normalbürger ist eben nicht immer durchschaubar, dass manche Demoskopiefirmen ihren Klienten gleichzeitig politische Beratung anbieten und die eigenen Umfragen dabei vergleichsweise skrupellos als politische Waffen einzusetzen versuchen. Das die Realitäten sie oft Lügen strafen, hat dem bisher keinen Abbruch getan, zumal auch die Medien weiterhin munter die „Ergebnisse“ dieser Firmen zu ihren Lesern, Hörern und Sehern tragen.

María de las Heras, selbst nicht frei vom Verdacht augenfälliger Fehlprognosen zu Gunsten der PRI in der Vergangenheit und Leiterin der Firma „Demotecnia“, klammert diese Frage in ihrem Beitrag „El fantasma del fraude electoral“ in *El País* vom 29.6.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

29. Juni 2010

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

allerdings aus und konzentriert sich auf die gegenseitigen Anschuldigungen der Parteien, die von den Bürgern – so ihre Zahlen – kaum noch Ernst genommen würden und keinen Einfluss auf die Wahlentscheidungen hätten. Mexiko, so de las Heras ironisch, sei die „einzige Demokratie...“, wo es immer nur Sieger gibt und niemand die Wahl verliert. Hier gibt es nur Gewinner und diejenigen, die Opfer von Wahlbetrug, Machtmissbrauch, Komplotts oder sogar Hexerei werden.“

Wahlbeteiligung werden allerdings gewisse Schlüsse zulassen.

Genüsslich zitieren die Medien derweil aus illegal abgehörten Telefongesprächen, in denen sich PRI-Gouverneure – unter anderem in Veracruz und Oaxaca – als massive Wahlkämpfer ihrer Partei entpuppen und zweifelhafte Absprachen treffen. Auf dieser Basis laufen inzwischen Strafanzeigen. Gleichzeitig beschuldigt die PRI die Regierung, die Telefonspionage-Praxis zu dulden oder gar zu veranlassen. Während die PRI-Gouverneure flächendeckend beschuldigt werden, staatliche Ressourcen für den Wahlerfolg ihrer Partei einzusetzen, geben diese dies mit gleichen Vorwürfen an die Bundesregierung zurück. Kein schöner Anblick. „Bedauerlicherweise kann heute keine der drei großen Parteien uns eine ehrenhafte Regierung versprechen“, so die COLMEX-Professorin Soledad Loaeza desillusioniert: „Sie haben dafür nämlich keinerlei Glaubwürdigkeit.“ (*Jornada*, 27.5.2010)

Think tankerin María Amparo Casar stößt zwei Tage später ins gleiche Horn. Unter der Überschrift „Alle gleich“ hält sie den Parteien den Spiegel vor. Gleichmaßen würden Wahlgesetze massiv missachtet, öffentliche Ressourcen für Wahlkampfzwecke missbraucht, der Gegner diffamiert, eigene Kandidaten auch dann verteidigt, wenn ihnen Delikte nachgewiesen worden seien. Der Anreiz für solches Verhalten bestehe darin, dass in Mexiko eben – wie bei „normalen“ Verbrechen auch – anschließend niemand zur Verantwortung gezogen werde. „Es ist überall die gleiche Schweinerei“, so Casar.

Das Ergebnis all dessen bleibt einstweilen offen. Schon der 4. Juli und nicht zuletzt die